

(13) Ausschuss für  
Gesundheit  
und Soziale Sicherung  
Ausschussdrucksache

0011

15. Wahlperiode

**Vorschaltgesetz:**

**Notpaket für gesetzliche Krankenversicherung  
ausgewogen**

**Krankenhäuser sollen Behandlungsfehler veröffentlichen -  
Strukturreform bleibt weiter notwendig**

Berlin, 07. November 2002 – Behandlungsfehler von Krankenhäuser müssen für Patienten öffentlich zugänglich sein. Dies forderte der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv). Eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens könne nur gelingen, wenn die Patienten zwischen guten und schlechten Angeboten wählen können. Der vzbv bezeichnete den Gesetzentwurf zur Sicherung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung als sozial ausgewogen. Gerade im Hinblick auf die Rabatte bei Arzneimitteln und die Preissenkungen im Zahnbereich sind verbraucherfreundliche Effekte zu erwarten. „Überzogene Profitspannen der Leistungsanbieter des Gesundheitswesens, insbesondere der Pharmaindustrie, dürfen nicht länger aus den Beiträgen der Versicherten bezahlt werden“, so der Leiter des Fachbereichs Gesundheit und Ernährung, Thomas Isenberg.

Immer weiter steigende Beiträge zur Krankenversicherung gefährdeten die Zustimmung der Verbraucher zur solidarischen, gesetzlichen Krankenversicherung, erklärte der vzbv. Der Maßnahmenmix, um die Beiträge kurzfristig stabil zu halten, sei fair. Vorgesehen sind vorgeschriebene Rabatte an die Krankenkassen für Arzneimittel, die Einführung von Festbeträgen für patentgeschützte „Pseudo-Innovationen“ bei Medikamenten, die Senkung der Preise um 5 % bei zahntechnischen Leistungen, weniger Sterbegeld sowie höhere Versicherungspflichtgrenzen. Der vzbv warnte die Ärzteverbände davor, die Deckelung der Arzthonorare zu Lasten der Patienten vorzunehmen. „Es gibt noch immer enorme Wirtschaftlichkeitsreserven bei Ärzten und Krankenhäusern“, sagte Thomas Isenberg. Die Tatsache, dass die Ausgaben für die neuen Chronikerprogramme von der Nullrunde ausgenommen sind, biete eine Chance, die die Ärzte nutzen sollten.

Der vzbv fordert gleichzeitig, langfristig wirkende, strukturelle Reformen zügig anzupacken. Verbraucher und Patienten müssten zukünftig erkennen können, wie gut ein Arzt oder ein Krankenhaus arbeitet und welche Fehlerquoten existieren. Noch immer gebe es in Deutschland kein zentrales Medizinschadensregister. „Ein Arzt, der bestimmte Behandlungen bei den Kassen abrechnen will, muss dafür künftig zertifiziert werden“, so

Thomas Isenberg. Überfällig sei eine umfassende präventionspolitische Offensive, wie sie im Koalitionsvertrag versprochen wird, fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband.

Für weitere Informationen:

- Thomas Isenberg, Leiter des Fachbereichs Gesundheit und Ernährung, Tel. 030/25800-431 sowie 0177-5809297, eMail: [isenberg@vzbv.de](mailto:isenberg@vzbv.de)
- Dr. Stefan Etgeton, Referent Gesundheit, Tel. 030-25800-432, eMail: [etgeton@vzbv.de](mailto:etgeton@vzbv.de)
- Carel Mohn, Pressesprecher, Tel. 030/25800-258, eMail: [presse@vzbv.de](mailto:presse@vzbv.de)